»Die Amerikaner sind gescheitert«

Mit Barack Obama könnten die USA ihre Position im Nahen Osten verbessern. Einen Angriff auf Iran hält die libanesische Hisbollah für unwahrscheinlich. **Ein Gespräch mit Nawaf Al-Moussawi**

Herr Al-Moussawi, bedeutet die Wahl von Barack Obama zum 44. US-Präsidenten, daß die Vereinigten Staaten im Nahen Osten ihre Politik ändern werden?

Die US-Politik im Nahen Osten wird sich nicht ändern, nur weil es eine neue Administration gibt, sondern weil die aggressive Politik von Präsident George W. Bush im Irak und im Libanon gescheitert und ohne Ergebnisse geblieben ist.

Bürochef von Barack Obama soll Rehm Emanuel werden, den die israelische Presse als »ihren Mann im Weißen Haus« bezeichnet hat.

Es ist bekannt, daß die zionistische Lobby in den USA sehr stark ist. Diese Personalie hat mich nicht überrascht.

Politische Analysten halten die Phase zwischen der Wahl des US-Präsidenten und seinem Amtsantritt am 20. Januar 2009 für sehr gefährlich. Erwarten Sie einen Angriff gegen Iran?

Die Amerikaner kämpfen in zwei Kriegen, und die ganze Welt ist sich einig, daß diese Kriege ein Fiasko und gescheitert sind. Werden sie in so einer Situation einen dritten Krieg beginnen? Ich glaube kaum. Andere meinen, Israel könnte im Alleingang einen Angriff gegen Iran starten. Aber ich halte auch das nicht für wahrscheinlich, denn die Israelis könnten nichts tun, nicht mal im Libanon, ohne die Zustimmung der Amerikaner. Wie also könnte es einen neuen Krieg am Golf geben? Ich halte das derzeit für unwahrscheinlich, obwohl wir immer mit dem schlimmsten Szenario rechnen müssen.

Wird der Wechsel in der US-Regierung dazu führen, daß der Einfluß anderer Mächte wie Rußland, der Europäischen Union oder China im Nahen Osten wächst?

Die bisherige US-Politik hat sich durch Aggressivität und entsprechende Vorgehensweisen ausgezeichnet. Wenn sie Erfolg haben will, muß sie diese Aggressivität ablegen und mehr auf die Partnerschaft mit anderen Staaten setzen. Was nun die USA betrifft: Sie werden in Zukunft nicht mehr die einzige Supermacht auf der internationalen Bühne sein, dazu haben sie wegen ihrer politischen und ökonomischen Probleme keine Kraft mehr. Schon während der Amtszeit von Bush zeichnete sich ab, daß es wieder mehr Pluralismus unter den Großmächten gibt. Vielleicht wird der neue US-Präsident mehr Fähigkeiten haben, mit den vorhandenen Fakten umzugehen, als der alte. Bush hat sich in seinen politischen Ansichten mehr von einer Art Metaphysik leiten lassen.

Nawaf Al-Moussawi ist stellvertretender Generalsekretär und Mitglied des Politbüros der Hisbollah im Libanon. Al-Moussawi ist Doktor der Philosophie und Sprecher der Hisbollah für internationale Beziehungen.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy besuchte seinen syrischen Amtskollegen Baschar Al-Assad in Damaskus, in Paris wurde mittlerweile die EU-Mittelmeerunion gegründet. Wird die EU zukünftig in dieser Region eine größere Rolle spielen?

Man muß sich erst mal fragen, ob die europäischen Staaten bzw. die Europäische Union überhaupt eine gemeinsame Politik im Nahen Osten verfolgen.

AP/HUSSEIN MALLA

Mit Hugo Chávez und Scheich Hassan Nasrallah zum Sieg – Hisbollah-Unterstützer im September 2006 in Beirut

Bisher haben wir sehr verschiedene politische Vorgehensweisen erlebt. Klar ist allerdings, daß sich die Politik einiger europäischer Staaten hier in der Region deutlich von der Politik der, wenn ich das jetzt schon so sagen kann, alten US-Administration unterschieden hat. Sie fragen, ob die EU-Politik hier in Zukunft eine größere Rolle spielen wird? Ich denke, die wichtigere Rolle hier wird immer die der Amerikaner sein.

Gehen Sie davon aus, daß die syrisch-israelischen Gespräche erfolgreich sein und sich positiv auf den Libanon auswirken werden?

Der Ausgang der Gespräche hängt davon ab, ob Israel bereit ist, sich von dem besetzten syrischen Land (Golan) zurückzuziehen. Bisher weigern sich die Israelis, das zu tun. Ob sie in Zukunft dazu bereit sein werden? Da habe ich meine Zweifel, und die Möglichkeit, daß die Rechte in Israel an die Macht kommen könnte, insbesondere Benjamin Netanjahu, erhöht diese Zweifel.

Die deutsche Regierung versucht einerseits, als Vermittler für Hisbollah, z. B. in Sachen der Gefangenen zu agieren, andererseits unterstützt Berlin den Staat Israel ohne Wenn und Aber. Wie wirkt diese Politik auf Sie?

Die ganze Welt weiß, daß die Deutschen einen Schuldkomplex gegenüber Israel haben. Das hat natürlich mit dem zu tun, was im Nationalsozialismus passiert ist, und ich meine, das erklärt diese Haltung hinreichend. Allerdings möchte ich hinzufügen, daß es für die Araber und Palästinenser nicht akzeptabel ist, die Last oder die Verantwortung für das zu tragen, was die Nazis verbrochen haben. Hätte Israel beispielsweise das Recht, als Wiedergutmachung für das, was die Nazis im Holocaust getan haben, einen Staat auf deutschem Boden zu fordern? Warum also sollten sie das Recht haben, einen Staat auf arabischem, auf palästinensischem Boden zu bilden?! Abbé Pièrre und Bischof Desmond Tutu haben dazu gesagt, daß die Europäer Verbrechen an den Juden begangen haben und daß die Araber und Palästinenser heute den Preis dafür zahlen. Wir zahlen also heute den Preis für Verbrechen, die andere begangen haben, nicht wir. Darum meine ich, daß die Europäer unter ethischen Gesichtspunkten dafür verantwortlich sind, die Verbrechen wiedergutzumachen, die Israel gegen die Palästinenser verübt.

In der neuen Mittelmeerunion wird Libanon vertreten sein, und Hisbollah wird zukünftig vermutlich der neuen libanesischen Regierung angehören. Kann diese Union ein Instrument sein, um Ihren konkreten Forderungen nach Frieden im Nahen Osten Gehör zu verschaffen?

Das Problem ist nicht die Frage, wie wir Frieden erreichen. Das Problem ist die Weigerung Israels, dem palästinensischen Volk seine Rechte zu geben. Europa übt keinerlei Druck auf Israel aus, damit es den Palästinensern ihre Rechte gibt. Im Gegenteil, die Europäer zeigen völlige Hilflosigkeit gegenüber der israelischen Position, sie ducken sich weg. Darum glaube ich, daß von dieser Mittelmeerunion nicht viel zu erwarten ist, was den Friedensprozeß betrifft.

In Europa, auch in Deutschland, hat die Hisbollah keinen guten Ruf, besonders wegen ihrer Bewaffnung. Bekanntlich unterstützt die EU auch die UN-Sicherheitsratsresolution 1559, die als ständiges Druckmittel gegen Ihre Organisation eingesetzt wird.

Lassen Sie mich folgende Gegenfrage stellen: Wenn ein anderes Land Deutschland besetzen würde, hätten die Deutschen dann nicht das Recht, zu den Waffen zu greifen und Widerstand gegen die Besatzung zu leisten? Unser Land wurde von den Israelis besetzt; internationale Resolutionen haben sich als zwecklos erwiesen, um Israel zum Rückzug zu zwingen. Darum haben wir zu den Waffen gegriffen und einen bewaffneten Widerstand organisiert, um unser Land zu befreien. Der enorme israelische Einfluß auf Medien und Politik im Westen hat dafür gesorgt, daß unser Widerstand verzerrt dargestellt und wahrgenommen wird. Sie behaupten Dinge, die nicht zutreffen. Wir verlangen, daß man mit uns als Hisbollah direkt spricht und sich von uns selber einen Eindruck verschafft. Nicht durch unehrliche Berichterstattung der Medien oder anderer Dienste. Wir sind eine nationale Widerstandsbewegung gegen die israelische Besatzung. Wir sind eine Verteidigungsarmee gegen die israelischen Drohungen. Wir sind eine politische libanesische Partei, die eine sehr breite Basis in der Bevölkerung hat. Ich würde sogar sagen, wir sind die Partei mit den meisten Unterstützern und Anhängern. Wir haben Bündnisse mit politischen Parteien und Kräften, die das gesamte politische Spektrum im Libanon widerspiegeln. Hisbollah gehört zur nationalen libanesischen Widerstandsfront, in der auch Muslime und Christen vertreten sind.

Sollte Hisbollah im Libanon an die Macht kommen, fürchtet so mancher im Westen, daß Sie einen islamischen Staat nach dem Vorbild des Iran gründen wollen.

Das ist nicht richtig, Hisbollah hat nie, zu keinem Zeitpunkt behauptet, einen islamischen Staat im Libanon anzustreben. Die pluralistische Struktur Libanons ist eine Verpflichtung für Hisbollah und das bedeutet, daß die verschiedenen religiösen Gruppen, die zusammenleben und miteinander zu tun haben, respektiert werden. Wir haben eine Konsensdemokratie, die mehr bedeutet, als reine Zahlenmehrheiten. Libanon ist eine Demokratie der ethnischen und religiösen Gruppen. Die Regierungsmehrheit muß also nicht nur eine zahlenmäßige Mehrheit haben und damit mehr Abgeordnete, die Regierungsmehrheit muß auch die Mehrheit der wichtigen Bevölkerungsgruppen vertreten, die hier im Land eine tragende Rolle spielen.

Unserer Ansicht nach ist der innerlibanesische Konflikt ein politischer Konflikt, der nicht in einen religiösen umgedeutet werden darf. Ein politischer Konflikt wird normalerweise mit Wahlen gelöst, und wir werden im kommenden Jahr im Libanon Wahlen haben. Als Hisbollah hoffen wir, daß das gesamte libanesische Volk bei diesen Wahlen seine Meinung sagen wird.

Das Gespräch führte Karin Leukefeld

Gazastreifen

Israel hält Blockade aufrecht

Die Hilfsorganisation Oxfam hat die Besatzungsmacht Israel aufgefordert, die Blockade des Gazastreifens aufzuheben. Es sei eine »humanitäre Notwendigkeit«, daß Israel ohne Verzögerung wieder die Lieferung von Gütern in das Gebiet zulasse, erklärte Oxfam-Geschäftsführer Jeremy Hobbs am Freitag in London. Die Weltgemeinschaft müsse sich mit aller Macht dafür einsetzen, daß die Abriegelung von 1,5 Millionen Menschen aufgehoben werde. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon forderte die israelische Führung auf, wieder Lebensmittel- und Treibstofflieferungen in den Gazastreifen zuzulassen. Er sei »zutiefst besorgt« über die Verschlechterung der humanitären Situation, teilte Ban mit. Es sei besorgniserregend, daß Hunderttausenden Menschen Nahrung und Hilfe verweigert würden. Alle Maßnahmen, die die Not der Zivilbevölkerung vergrößerten, seien »in ihrer Gesamtheit« abzulehnen und müßten sofort eingestellt werden, erklärte Ban. Israel müsse »dringend« eine dauerhafte und ausreichende Belieferung des Gazastreifens ermöglichen.

Israel hält die Übergänge in den Gazastreifen seit dem 5. November geschlossen. Am vergangenen Donnerstag mußte ein Lastwagenkonvoi von Hilfsorganisationen mit Grundnahrungsmitteln, Medikamenten und medizinischem Material am Übergang Kerem Schalom wieder umkehren. Das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) mußte deshalb die vorgesehene Lieferung von Grundnahrungsmitteln für Hunderttausende Menschen einstellen.

Israel ficht die internationale Kritik nicht an – zumal das Land weder seitens der USA noch der EU und UNO Sanktionen fürchten muß. Am Sonntag flog die israelische Armee Luftangriffe auf den Gazastreifen. Dabei wurden vier Palästinenser getötet. Die Hamas-Führung drohte danach mit Vergeltung. Ihr Sprecher Fausi Barhum sagte: »Das heutige Verbrechen wird nicht straflos bleiben.«

Der Luftangriff richtete sich nach israelischen Angaben gegen eine Gruppe der militanten Volkswiderstandskomitees, die gerade dabei war, Mörsergranaten auf Israel abzuschießen. Schon kurz zuvor war das israelische Grenzgebiet mit zwei Raketen angegriffen worden. Die Häufung der gewaltsamen Zwischenfälle gefährdet den im Juni geschlossenen Waffenstillstand zwischen der Hamas-Regierung im Gazastreifen und Israel, der im Dezember ausläuft.

Der geschäftsführende Ministerpräsident Ehud Olmert sagte am Sonntag, er habe der Militärführung Pläne für »verschiedene Operationen gegen das terroristische Regime der Hamas« vorgelegt. »Wir sind nicht begierig auf den Kampf, aber wir fürchten ihn nicht«, fügte Olmert hinzu. (AFP/AP/jW)